

Karenzjahr vorüber ist, einen Bestand von 68 000 M. aufweisen können. Rechnen wir im zweiten Jahre mit der gleichen Einnahme, abzüglich einer Summe von 35-40 000 M. für Unterhaltungen, so würden wir in der folgenden Generalversammlung mit einem Ueberschusse (abzüglich der 20 Proz. = 12 658 40 M.) von 78 684 M. aufwarten können. Das eine größere Ausgabe nicht wahrscheinlich ist, dafür muß ich die Neigungen einiger Vorstandmitglieder anführen. Auf der Generalversammlung in Magdeburg erklärte Kollege Reub: Die Ausgaben in Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit und Nebenunterhaltung würden sich auf 22 bis 36 000 M. belaufen. Nach dieser Aeußerung glaube ich, mit dem Vorschlage von 40 000 M. für die Arbeitslosenunterhaltung allein nicht zu niedrig gegriffen zu haben. Im Gegenteil, ich stehe voraus, daß wir noch etwas höher wogemögen. Ebenso erklärte Kollege Rott: Bei 18 000 Mitglieder würden nur 46 000 M. einnehmen; mehr wie 20 000 M. würde uns aber die Arbeitslosenunterhaltung nicht lohnen. Kollege Simon, welcher das Referat in Magdeburg gab, ging noch viel weiter. Er erklärte laut Protokoll, daß wenn die 25 Pfg. Beitrag abgelehnt würden, mit welchem er die Arbeitslosenunterhaltung glaube durchführen zu können, so solle man dieselbe doch einrichten, ein Zuschuß von 6000 M. durch die Hauptliste, unter Befreiung der übrigen Unterhaltungsbezüge (das Protokoll der Konferenz Thüringen 1900), welche genügen, die nächste Generalversammlung hinaufkommen zu lassen. Bei den anschließenden Berechnungen und dem hierergegebenen Aeußerungen von Redatoren, deren Meinung ich sehr hoch einschätze, glaube ich berechnen zu können, daß die jetzt vom Vorstande abgegebenen pessimistischen Erklärungen doch wohl der Grundlage abzulegen. Auch die Krankenzuschüsse bietet nicht die geringste Gefahr, die Autonomiefreiheit der Organisation in ihren wirtschaftlichen Kämpfen zu gefährden. Neben dem über die Zuschüsse bereits angeführten muß noch bemerkt werden, daß auch dort durch die Karenzzeit ein bedeutender Fonds angeammelt würde, welcher, da die Beiträge höher als bei der Arbeitslosigkeit, ungefähr die Höhe von 80 000 M. erreichen würde. Diese Summe würde sich allerdings etwas verringern, und zwar dadurch: wird das Obligatorium beschloffen, so müssen wir den Kollegen, welche heute doppelt versichert sind, entgegenkommen, um ihnen der Uebertritt resp. die Aufgabe der Doppelversicherung zu erleichtern. Die Generalversammlung müßte, um dieses durchzuführen zu können, beschließen, daß, wenn bis zum Tage des Inkrafttretens des Statuts übertritt, eine ganz kurze oder gar keine Karenzzeit zurückgelegt hat. Dieses halte ich für einen Akt der Gerechtigkeit, zu welchem wir diesen Kollegen gegenüber verpflichtet sind. Im gleichen Sinne ist auch der Tabakarbeiternverband bei Einführung seines Obligatoriums vorgegangen. Diese Vorschläge, welche ich den Kollegen unterbreitet habe, glaube ich hierdurch, was speziell die finanzielle Seite betrifft, genügend begründet zu haben. Die Kollegen können hieraus erfahren, daß es nicht so ist, wie der Vorstand meint, daß nur Vorschläge aus Wank gemacht werden. Die Befürchtungen, die der Vorstand hegt, kann ich eben nicht teilen, ich überlasse es daher den Kollegen zu entscheiden, ob sie meine Vorschläge für durchführbar halten oder nicht.

Nun zu den Fragen der Urabstimmung. Ich kann hier erläutern, daß ich nicht dafür gestimmt habe und auch nicht dafür stimmen werde, wenn mir die Frage vorgelegt werden sollte. Ich bin moralisch oder material dafür verantwortl. Ich stehe demgegenüber. Aber eins kann ich auch hier dem Vorstande sagen. Die Mitglieder einer Generalversammlung übernehme ich für jeden gefaßten Beschluß eine Verantwortung, ob mir bestimmte Fragen den Sinn geben oder nicht, ich sei mir noch nie ausfallen überlassen worden. Der Satz, man weiß bald nicht, wie man sein Wort abgeben soll, spielt bei dem Vorstande eine große Rolle, wie überhaupt alle Bemerkungen, die hier und da erhoben werden, dazu ansetzen sind, die Unabhängigkeit des Kollegen Viehe darzutun. Ich habe mich auch nicht darüber geäußert, wie mich noch, als über meine eigenen Zahlen, welche im „Nachblat“ so schön neben einander zum Ausdruck gekommen sind. Wenn es eben an besseren Gründen fehlt, muß man zu diesem Mittel greifen. Wie wird es aber in Wirklichkeit bei der Abstimmung stehen. Es wird gestimmt: erstens für die Frage 1 mit der Absicht, die Vorstandsmitglieder zu wählen; zweitens für Frage 1, das Obligatorium in seiner jetzigen Gestalt; drittens nur Arbeitslosenunterhaltung allein; viertens Zuschußliste allein; fünftens überhaupt keine Obligatorium. Ich habe dabei, die Frage 1 kann, wenn sie angenommen wird, nur Unangenehmlichkeiten hervorzuheben. Dies könnte aber vermieden werden, wenn der Frage 1 die Worte beigefügt würden: „in der jetzigen Form“. Diese Worte waren auch in meinem ersten Artikel auf Spalte 2 in dem Sage: Dringend notwendig wäre, die Stimmzettel so zu gestalten, daß es heißt: „in der jetzigen Form“, enthalten. Das Fehlen dieser Worte muß dem aufmerksamsten Leser aufgefallen sein, da sonst der Nachschlag unvermeidlich ist. Was man es noch so klar machen, die Auffassung der verschiedenen Kollegen, was sie zu Frage 1 einschlägig wissen wollen, kann man eben nicht durch Durchstreichen feststellen. Wie recht ich damit hatte, geht daraus hervor, daß der Vorstand die Frage 1 propagiert und seinen Vorschlag empfiehlt. Deswegen ist auch die Verfassungskommission nicht das harmlose Ding, als welches man es hinzustellen sucht. Der Vorstand kann nur mittelwegem Vorschläge machen, er will, er kann auch noch so viel Propaganda durchführen, wenn er für nötig findet, das alles soll nicht übersehen werden. Wenn aber der Vorstand es so aufpaßt, daß bei Annahme der Jüster 1 seine Vorschläge beachtet werden müßten, so haben auch diejenigen recht, wenn sie die Jüster 1 ablehnen, obgleich sie dafür sind, aber die Vorstandsmitglieder nicht haben wollen. Die Stimmzettel des Vorstands über die Annahme der Jüster 1 kann schließlich denselben noch recht enttäuschen. Dieses zu der Frage der Abstimmung.

Die Bemerkung: „Nach dem Gesagten wird Kollege Viehe vielleicht gelaßt haben, wie er sein Wort abgeben soll“, vielleicht ja, wenn dieses aber nicht der Fall, so ist es wohl möglich, vom Vorstande einen Knobelberg verschrieben zu erhalten. Das merkten läßt mich der Vorstand sagen, die Unterhaltung, was ich im zweiten Jahre auf 18 Wochen ausgedehnt werden. Ich frage den Vorstand, wo steht das in meinem Artikel? Zu diesem Satz in der Entgegnung des Vorstandes ist in geradezu präzisem Besinne die Reuderschwärze verschrieben worden. Wankt denn der Vorstand, daß es einen Kollegen gibt, der diesen Satz so aufgefaßt hat, als ob damit die prinzipiellen Ziele des Vereins gemeint wären. Nein, für so naive halte ich weder den Vorstand noch die Kollegen, welche das „Nachblat“ lesen. Der Satz in meinem Artikel kann nur so aufgefaßt werden, daß damit die Einrichtungen gemeint sind, welche als Mittel zum Zweck im Verein deutscher Schuhmacher bereits eingeführt sind. Dieses Ziel halte ich aufrecht, da ich es im Interesse der Gemeinschaft für wertvoll halte, die Mitglieder von ihrer jetzigen Doppelversicherung ausgehend der Gemeinschaft frei zu machen. Aus diesem Grunde habe ich auch meine Vorschläge gemacht, weil ich glaube, dadurch dem Ziele ein Stück näher zu kommen. Wird dieses durch meine Vorschläge erreicht, so bin ich der Ueberzeugung, im Interesse der Organisation gewirkt zu haben. Wenn heute die Vorschläge des Vorstandes angenommen werden, so müssen alle Kollegen, welche jetzt doppelt versichert sind, an dieser Doppelversicherung festhalten. Die Beiträge werden dadurch für diese Kollegen unerschwinglicher, als sie es durch meinen Vorschlag werden würden. Diese Kollegen können nach Laufenden gähnen, und die Befürchtungen des Vorstandes meinen Vorschläge gegenüber sind ebenfalls in den seintigen enthalten.

Die hausbackene Weisheit, die ich zum besten gebe, stammt aus der Weisheit, welche Kollege Rille auf der Generalversammlung in Münden gehalten hat. Der Vorstand führt auch die Höhe der von mir vorgeschlagenen Beiträge an, wie ich darüber denke, habe ich im vorigen Artikel erklärt. Ich will auch hier mit meiner Auffassung nicht zurückhalten. Können wir diese Vorschläge nicht

aufbringen, so führen wir vorerst nur eine Unterhaltungsbeitragsung ein, statt mit den beiden eine Verschlechterung der jetzt bestehenden bezuehzuführen. In erster Linie würde da allerdings die Arbeitslosenliste in Frage kommen, da ich der Ueberzeugung bin, daß die Zuschußliste bei genügender Agitation auf eine hohe Mitgliederzahl zu bringen wäre. Ueber die Leistungen, welche wir haben und über diejenigen, welche der Vorstand vorgeschlagen hat, streite ich nicht mehr. Wenn es richtig ist, was der Vorstand sagt, so konnte er es sich ersparen, nachzuweisen, daß bei meinen vorgeschlagenen Sätzen die Kaffe nicht existieren kann. Die Tabelle über die jetzigen Leistungen und die Vorstandsvorschläge ist auch vom Kollegen Juchacz-Birmann so angelesen worden, als habe ich etwas bringen wollen, wobei ich mich verhalten hätte. Hier möchte ich die Kollegen bitten, die letzten vier Zeilen vor dieser Tabelle nochmals durchzulesen, da werden sie finden, daß mir nichts ferner gelegen hat, als etwas Beschlingendes aufzugeben. Nun tritt mir auch der Vorstand vor, daß ich ihn der Unabhängigkeit beschuldigete hätte. Es ist dies wieder eine der Unklarheiten, die ich in meinem Artikel absolut nicht finden kann. Das Wort Unabhängigkeit kommt zwar in einem Satze vor, aber im Interesse unserer Agitation am besten, wenn ich es hier nicht noch einmal nichtschreiben, was dann, geschrieben steht, auf keinen Fall ist aber, wenn eine Falschung vorgelesen worden. Der Vorstand mag den Satz noch einmal durchlesen und sich denselben selbst klar machen, da ich seine Lust verpüre, dieses für andere zu tun. Ob der Vorstand dieses oder jenes in meinem Artikel nicht gelesen oder nicht verstanden hat, das geht mich nichts an und ich verzehre mir darüber selbstverständlich nicht den Kopf. Aber eins kann man doch verlangen, nämlich das, daß man nicht mehr behauptet, als was wirklich gesagt worden ist.

Wie der Vorstand seinem Bunkte, sachlich zu diskutieren, nachkommen ist, sei durch folgende Ausprüche konstatiert. Der Spruch vom „grünen Holz“ mit dem „grünen Oberhaupt“, die hausbackene Weisheit, „die Ziele des Kollegen Viehe“, das Beispiel in der Leistung von Beiträgen als Sprechgewiss, die vielfachen Unterstellungen, auf die ich hingerufen habe, dies alles trägt nicht den Stempel der Sachlichkeit. Ich nehme aber an, daß sich der Vorstand gesagt hat, „dem Viehe lömte ich das schon sagen, der nimmt es doch nicht übel“. Und ich will auch bekennen, daß alle die Lebenswürdigkeiten, die mir da gesagt worden sind, mir eine vergnügliche Stunde bereitet haben. Im Interesse der übrigen Kollegen möchte ich aber doch den Vorstand erlöchen, dieselben etwas anfängerisch zu behandeln, da in solchen Dingen nicht jeder so viel beläutet ist wie ich.

Aus meinem ersten sowie aus dem jetzigen Artikel werden die Kollegen erfahren haben, daß meine Vorschläge doch eine ernste Prüfung verdienen, für welche ich bereits Generalversammlungen entschieden haben. Aber auch in obligatorischer Form ist die Durchführung möglich, ohne daß dabei unsere wirtschaftlichen Forderungen zurückgebrängt werden. Meiner Ansicht nach wird noch ein ganz ansehnlicher Betrag übrig bleiben, wodurch eine Stärkung des Kampffonds herbeigeführt wird. Ich habe eine ganze Reihe Statuten von Gewerkschaften durchgesehen, welche teils Arbeitslosen- und Kranzenunterhaltung, teils Kranzenunterhaltung allein genähren. Keine dieser Gewerkschaften, außer die in Tabakarbeitern, besaß beratige Einrichtungen, wie wir sie im Verein deutscher Schuhmacher eingeführt haben. Auch sind die Verschiedenartigkeiten in den Organisationen und deren Leistungen so gehalten, daß sie auf einen Verein nicht verbringbar sind. Die Tabakarbeitern haben das Obligatorium, wie es in meinen Vorschlägen enthalten ist, durchgesehen, ohne daß es ihnen etwas über Sinn in der Organisation ausgehend hätte. Die Mitglieder haben es nach meinem Dafürhalten auch nicht nötig, da die Gegenleistungen in Unterhaltungen der Beitragsleistungen gerecht werden. Ja, ich muß sogar konstatieren, daß für dieselben Beiträge, wie ich sie vorgeschlagen habe, die Tabakarbeitern ein Bedeutendes mehr leisten. Die Vorschläge, die ich jetzt erhebe, sind nicht neu, vor zwei Jahren habe ich schon dasselbe gemacht. Auch schon auf der Konferenz in Thüringen 1900 habe ich mich dagegen gewandt, die Unterhaltung auf Kosten der jetzigen Beitragsleistung einzuführen; und es ist ganz unbegründet, wenn es so aufgesetzt wird, als wäre mir nichts daran gelegen, unsere Aufgaben als Gemeinschaft zu erfüllen. So wie wir in den Kämpfen um unsere wirtschaftliche Lage der Solidarität das Wort geben, so müssen wir auch in den Unterhaltungsbeitragsungen der Solidarität das Wort reden. Wer von Unglück heimgekehrt wird, der hat an und für sich schon genug darunter zu leiden.

Ich habe hierdurch nochmals meine Ansichten über meine Vorschläge klargelegt, die Kollegen mögen aber dieses sowie über das, was ich im vorigen Artikel gesagt habe, sich ein Urteil bilden. Ob es ich, nach Ansicht des Vorstandes, nur verliche, Vorschläge zu machen, ohne mich aber um die Durchführbarkeit in der Praxis zu kümmern. Weisensfels. Rudolf Weise.

In der letzten Nummer des „Nachblat“ befindet sich ein Artikel des Kollegen Pfaff, welcher über unsere Mitglieder in der Zuschußliste spricht unterrichtet zu sein scheint. Wir haben die Zuschußliste bereits im Jahre 1897 eingeführt und sind alle Mitglieder, welche wir heute haben, freiwillig der Versicherung beigetreten. Ich kann auch dem Kollegen Pfaff mitteilen, daß im dritten Quartal mehr als 100 Personen der Kaffe beigetreten sind, auch hoffen wir, im vierten Quartal weitere 200 zu gewinnen. Ob ich an die Durchführbarkeit meiner Vorschläge glaube, ja, Kollege Pfaff, diese muß ich mir schon überlassen; ich habe nicht die Absicht, meine Ansicht jemand zu jaggieren, jeder soll sich selbst ein Urteil bilden. Was ich will, kann Kollege Pfaff aus obigen Ausführungen erfahren. Meine Absicht ist, die Kollegen der Doppelversicherung zu entziehen; für mich ist es deshalb gleich, ob dieses Ding Kranken- oder Zuschußliste heißt. D. O.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes im August war nach der Sachrechnen Halbjahresbericht um ein weiteres besser, indem auf 100 offene Stellen 131,5 Arbeitsuchende kamen, gegen 187,3 im Juli und 148,1 im August 1902. Die andauernde Besserung ist um so bemerkenswerter, als die Zahl der Arbeitsuchenden geringfügig ist und besonders das Verhältnis für die männlichen Arbeiter sich verbessert hat.

Zur Durchführung des Arbeiterführers. Die Verordnung zum Schutze der Angestellten im Gewerkschaftswesen ist namentlich durch den „freiwililigen Verzicht“ des Personals auf die ihm zustehende freie Zeit in Wirklichkeit gemacht worden und das noch von keinem sozialen Gange berührte Kreislauf Oberlandesgericht hat gelehrt die Worte freigesprochen, weil die Angestellten „freiwillig“ auf die freie Zeit „verzichtet“ hätten. Erklärlicherweise haben seitdem andere Gerichte das jeden Arbeiterführer verbindende Kreislauf Urteil desanoviert und nun hat auch die bayerische Regierung durch die den Bahnhofsstellvertretern gemachte Androhung der Auflösung des Bahnerführers für den Fall der Nichtbeachtung jener Verordnung zu deren Durchführung beigetragen. Dabei erklärt sie ausdrücklich den bestehenden „freiwililigen“ Verzicht der Angestellten auf ihre freie Zeit als rechtsunzulässig und strafbar mit Geldstrafen bis zu 300 M. eventuell Gefängnisstrafen bis zu 6 Wochen.

Auf der Verhandlung der deutschen Gewerbevereine in Dresden wurde hauptsächlich über die Proportionalwahl der Gewerbevereine und über den Gegenstand betreffend die Kaufmannsgerichte verhandelt. Ersteres verlangten die Arbeitervertreter obligatorisch, die Kaufleute derselben bekämpften sie mit Recht, da dabei die bürgerlichen Stadtverordnungen nach Willkür gehalten und wählten können und bis

jetzt in der Tat der „Proporz“ nur da eingeführt wurde, wo die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind. Doch der freiwilliche „Proporz“ im Gewerbegerichtsrecht ein großes Stück Gewandete, keine Parteipolitik ist, wurde schon bei der Beratung im Reichstag von den sozialdemokratischen Arbeitervertretern festgehalten. Bezüglich der Kaufmannsgerichte erklärte sich die Mehrheit für ihren Anschluß an die bestehenden Gewerbegerichte.

Die Baugewerksmeister und die Tarifgemeinschaft. Der 13. Innungsverband deutscher Baugewerksmeister besaßte sich unter anderem auch mit der Frage des Abschlusses von Tarifverträgen. Von mehreren Seiten wurde deren günstige Wirkung durch Verbesserung stetiger Arbeitsverhältnisse rückfalls anerkannt, die Mehrheit erkannte diese günstigen Wirkungen ebenfalls, nahm aber trotzdem dagegen Stellung, weil die Tarifgemeinschaft ein Merkmal der Sozialdemokratie (Su) ist und ihre Forderung gleichzeitig die Anerkennung der sozialdemokratischen Organisation bedeutet. Schließlich fand folgende Resolution Annahme: „Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister muß es zuzusetz noch ablehnen, eine grundsätzliche Stellung zu der Frage der Tarifgemeinschaft einzunehmen. Er erkennt jedoch an, daß unter Umständen der Abschluß von Tarifgemeinschaften zweckmäßig ist. Für solche Abschlüsse sind die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes als zukünftig anzusehen. Also selbst die sozialdemokratischen Baugewerksmeister sind den Schutzarbeitern an sozialdemokratischen Verbänden um einige Preiselänger voraus.“

Die Latzitz-Resolution, welche der sozialdemokratische Parteitag in Dresden mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen hat, lautet:

„Der Parteitag fordert, daß die Faktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, hösische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsoberfassung begründet sind. Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige Bewegung und siegerdrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinabträte, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daber ist der Parteitag im Gegenlag zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt: 1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Vermittlung von Klassen vermehrt, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten; 2. daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky auf dem internationalen Kongress 1900 einen Anteil an der Bewegungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erkennen kann. Der Parteitag verurteilt jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Gegensätze zu verflüchten, um eine Anheftung an bürgerliche Parteien zu erleichtern. Der Parteitag erwartet, daß die Faktion die größere Partei, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wähler erlangt, entsprechend den Grundätzen unseres Programms dazu bemüht, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle auf kraftvolle und nachdrückliche maßzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marasmus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Luretd, Unterdrückung und Ausbeutung in jederlicher Gestalt noch energischer zu führen, als es für diese möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.“

Mitteilungen.

Bruchsal. Bezüglich der Erklärung der Agitationskommission für Baden und Vorderpfaal in Nr. 40 d. Bl. hat die hiesige Filiale in ihrer am 3. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung beschloffen, bei der Agitationskommission zu beantragen, noch im Laufe des Herbstes eine Konferenz einzuberufen und die obligatorische Einführung der Arbeitslosenversicherung und Kranzenzuschüsse auf die Tagesordnung zu legen. Wir mögten deshalb sämtliche in Betracht kommenden Filialen ersuchen, sich uns anzuschließen.

Aggen. Am 14. September war es uns möglich geworden, eine Besprechung der hiesigen Kollegen zustande zu bringen. Erschienen waren 13 Kollegen, freilich wenig genug, aber dennoch ward uns ein guter Erfolg bereitet. Kollege Dausan referierte über den Zweck unserer Organisation und forderte die Kollegen zum Beitritt zu Organisation auf. Sämtliche anwesenden Kollegen ließen sich aufnehmen, worauf ein Vertrauensmann und ein Unterstifter gewählt wurden. Besprechungen finden alle 14 Tage statt. Möge es uns gelingen, eine hülfreiche Zahlstelle in Aggen zu schaffen und zu erhalten.

Berlin. Auf die Berichtigung der hiesigen Firma Feinrich Zehl & Co. habe ich zu bemerken: Punkt 1. Wenn die Firma Zehl & Co. aus Versehen lange Zeit ihrer Zuzahlung zurückgeblieben hat, so nimmt mich Wunder, daß dieses nicht eher bemerkt wurde. Bei uns gilt sehr weniger, bezahlen eines Artikels gegen früher als ein Lohnzettel Punkt 2. Betreffs der Beschwärde der Eltern der Berührung weiß ich, daß nur dem einen Beschwärder sein Vater dasgelesen ist, andere haben sich nicht darum gekümmert. Es haben sogar deren Söhne die Erlaubnis erteilt, dem Verein deutscher Schuhmacher beizutreten; eine Bezeichnung seitens der Arbeiter hat nicht stattgefunden, die jungen Leute sind selber gekommen und haben zugehört, wo Unterzeichneter Vertrauensmann war, unter meiner Kontrolle standen. Beweise von einem Terrorismus, daß es die jungen Leute im Arbeitsfall nicht hätten ausfallen können, wenn sie sich nicht organisiert, kann meiner Ansicht nach die Firma nicht bringen; denn ich habe die Befehle selbst darauf aufmerksam gemacht, die Wahrheit zu sagen, ob sie von jemand gezwungen worden sind oder nicht. Sie haben mir stets geantwortet, uns hat niemand gezwungen, wir wollen auch nicht dabei sein. Wenn diese jungen Leute auch noch nicht die Ueberzeugung hatten, so war es doch ein erfreulicher Fortschritt für uns, weil sie sich unter organisierten Kollegen wohl fühlen, als in anderen Erziehungsanstalten. Die jungen Leute konnte ich nicht einfach ausgliedern, denn in unseren Statuten steht bestimmt, daß wir alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche im Schuhmachergewerbe tätig sind, in den Verein deutscher Schuhmacher aufnehmen können. Verbodlicherweise diese Mischgkeit feststellen zu lassen, habe ich nicht beantragt, ich habe nur, weil Herr Zehl meinte, die Sache vom Gericht unterliegen zu lassen, gesagt: er solle es tun, mich würde es freuen. Das Mitgliederverzeichnis brauchte ich nicht einzulegen, da die Zahlstelle am 1. September vom Zentralverband in Nürnberg aufgelöst worden war. Dieses hatte ich bloß bekannt zu geben. Am 16. September sollte ich aber erst die Mitgliederliste bringen. Die Firma Zehl meint, es wäre nicht ihr Wille, der Organisation den Garaus zu machen. Nun, meine Meinung ist, wenn sie es könnte, würde sie es tun; denn bis jetzt hat man immer Wege gefunden, jeden Vertrauensmann hinauszubringen. Punkt 3. Die Coupons, die die Berührung lieben müssen, ergeben doch, was sie verdienen; die Befehle werden es recht gern beglaubigen. Dirsigen hat es gefehlt, ob

